

## **N I E D E R S C H R I F T**

über die 3. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Gummersbach am 23.06.2010 im Johannes-Hospiz, Tannhäuserstraße 29a , 51674 Wiehl.

Die Mitglieder des Sozialausschusses waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Sozialausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitzender Dr. Ulrich von Trotha

Stimmberechtigte Mitglieder

Stadtverordneter Dr. Ulrich von Trotha

Stadtverordnete Marita Cordes

Stadtverordneter Andreas Guist

Stadtverordneter Karl-Heinz Richter

Stadtverordneter Thomas Hähner

Stadtverordneter Manfred Meier

Stadtverordnete Gabriele Müller

Sachkundige Bürger

Sachkundige Bürgerin Barbara Arnold

Sachkundige Bürgerin Silvia Weiss

Sachkundiger Bürger Kurt Lindlar

Sachkundiger Bürger Bernd Rummler

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Sachkundige Bürger

Sachkundige Einwohnerin Emine Kayadibi

Verwaltung

Beigeordneter Peter Thome

StOVwR. Thomas Hein

VA. Maik Adomeit

Die Niederschrift führt: Schriftführer Maik Adomeit

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsunterbrechung: 17:53 Uhr bis 17:57 Uhr

Sitzungsende: 18:12 Uhr (Hospizbesichtigung bis 19.00 Uhr)

## **T a g e s o r d n u n g :**

### **Öffentlicher Teil :**

- TOP 1      Niederschrift der letzten Sitzung**
- TOP 2      1020/2010  
              Bericht zur sozialen Lage in Gummersbach**
- TOP 3      1021/2010  
              Antrag der Stadtratsfraktion "Die Linke" auf Einführung eines Sozialpasses  
              in Gummersbach**
- TOP 4      Sachstandsbericht zum Integrationskonzept (ohne Vorlage)**
- TOP 5      Mitteilungen**
- TOP 5.1    Sachstand zum „Optieren“ im Bereich der Arge-Leistungen**

**Öffentlicher Teil :****TOP 1****Niederschrift der letzten Sitzung**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Auszug:

**TOP 2****1020/2010****Bericht zur sozialen Lage in Gummersbach**

Herr Thome führt in die Thematik ein. Anschließend erläutert Herr Adomeit die Vorlage. Er betont hierbei, dass dieser Bericht zur sozialen Lage in Gummersbach ein Anfang ist, bei dem die maßgeblichen Themenfelder zunächst einmal nur „angekratzt“ werden können. Er soll jedoch regelmäßig fortgeschrieben werden, wobei Anregungen und Wünsche des Ausschusses zu weiteren Themen gerne hinzukommen können.

Intention dieser regelmäßigen Berichterstattung ist es, Tendenzen, Entwicklungen, Handlungsfelder und Lösungsansätze für die Kommunalpolitik aufzuzeigen. Herr Adomeit betont, dass nach seiner Einschätzung die alles finanzierende Sozialpolitik der vergangenen Jahrzehnte unter dem Eindruck der Globalisierung und wirtschaftlichen Entwicklungen künftig so nicht mehr möglich sein wird. Die Herausforderungen haben sich verändert und man werde hier in einen Wettbewerb gezwungen, bei dem viele auf der Strecke bleiben werden. Es ist die Aufgabe aller Anwesenden, dafür zu sorgen, dass dieser Kreis aber möglichst klein bleibt.

Gummersbach hat in den vergangenen 5 Jahren 3% der Einwohner verloren. Im Vergleich mit den bundesweiten Entwicklungen hält sich dies zwar noch in Grenzen, man muss jedoch vor Augen haben, dass die letzte große Welle der Jahrgänge 1955 bis 1970 aus der Bevölkerungspyramide auf uns zu rollt.

Die demografische Entwicklung wird auch anhand von Zahlen und Fakten immer greifbarer. Derzeit ist in Gummersbach aufgrund der Erwerbsstruktur theoretisch zwar noch Vollbeschäftigung möglich, aber die Zahlen verraten auch bereits, dass in spätestens 15 Jahren keine ausreichenden, entsprechend qualifizierten Arbeitskräfte mehr zur Verfügung stehen könnten. Sollte dies so kommen, beginnt dann mit der Abwanderung von Arbeitsplätzen ein Teufelskreislauf. Der Erhalt von Arbeitsplätzen und die Schaffung von positiven Standortfaktoren sind von daher ebenso wichtig, wie die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Beispiele der Firmen Abus und Ferchau sind hierbei vorbildlich zu erwähnen.

Eine der wichtigsten Aufgaben allerdings ist und bleibt eine umfassende, hoch qualifizierte Bildung für alle Kinder in Gummersbach. Hierbei ist das Thema der Kinderarmut zunächst zu betrachten, da neueste Analysen nochmals bestätigt haben, dass Kinder aus „armen“ Familien eine viermal kleinere Chance auf gute Ausbildung haben, als diejenigen „reicher“ Familien. „Arm“ bedeutet in diesem Zusammenhang *„...wer weniger als 60% des mittleren Nettoeinkommens erhält. Relative Armut bedeutet Unterversorgung an materiellen und immateriellen Gütern und eine Beschränkung der Lebenschancen im Vergleich zum Wohlstand der Gesamtgesellschaft.“*

Sofern diese Kinder dann keine vernünftige Ausbildung erhalten haben, finden sich in der Regel keine adäquaten Arbeitsplätze, so dass sich hier „Sozialhilfekarrieren“ fortsetzen. Hier ist ein

wesentlicher Ansatz der Politik notwendig. Betrachtet man die im Hartz IV-Regelsatz für Kinder enthaltenen 0,76 € für Schulsachen und 0,86 € für Spielsachen, wird schnell deutlich, welchen Einschränkungen die Chancen dieser Kinder unterliegen. Aber gerade dieses Potenzial unseres Nachwuchses benötigen wir im Zuge der demografischen Entwicklung künftig dringend.

Die demografischen Veränderungen unserer Gesellschaft muss man zur Kenntnis nehmen und im Konkurrenzkampf mit anderen Kommunen positive Standortfaktoren schaffen. Hierzu zählen wirtschaftliche Aspekte, aber auch und gerade das menschliche Potenzial, das künftig umso mehr über eine hoch qualifizierte Ausbildung verfügen muss.

Im Anschluss an den Vortrag von Herrn Adomeit weist Frau Kayadibi darauf hin, dass insbesondere Ausländerkinder besser integriert werden müssen. Herr Thome bestätigt dies und betont die beantragte Schaffung eines Integrationsbeauftragten, der genau an diesen Punkten ansetzen und gerade im Hinblick auf Kinder mit Migrationshintergrund als Schnittstelle dienen soll.

Frau Cordes sieht hierbei das Erlernen der deutschen Sprache als vorrangige Aufgabe an.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, dass es sich um ein sehr komplexes Thema handelt, bei dem diese auf Dauer angelegte Fortschreibung des Berichts eine sinnvolle Angelegenheit ist, die von ihm sehr begrüßt wird.

Der Sozialausschuss nimmt den als Anlage beigefügten Bericht zur sozialen Lage in Gummersbach zur Kenntnis.

Auszug:

### TOP 3

1021/2010

### Antrag der Stadtratsfraktion "Die Linke" auf Einführung eines Sozialpasses in Gummersbach

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja : 10	Nein : 1	Enthaltungen : 1
---------	----------	------------------

Herr Thome erläutert die Vorlage. Dabei verweist er auf die Bestrebungen des Oberbergischen Kreises, einen solchen Sozialpass kreisweit für alle Kommunen einzuführen. Hierzu zitiert Herr Thome aus dem Protokoll des Kreissozialausschusses vom 12.05.2010, TOP 8.1 wie folgt:

*„Herr Dr. Nürnberger informiert die Ausschussmitglieder über den Stand der Einführung des Sozialpasses im Oberbergischen Kreis (Oberberg-Pass). Mit dem Oberberg-Pass kann in einfacher Form die Bedürftigkeit nachgewiesen werden (ohne ansonsten notwendiger Vorlage der SGB II- oder SGB XII-Leistungsbescheide), um Vergünstigungen und Ermäßigungen zu erhalten und damit die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu verbessern. Der Teilaspekt „vergünstigte ÖPNV-Leistungen“ ist derzeit nicht realisierbar. Der VRS besteht auf Untersuchungen über die Auswirkungen von solchen Vergünstigungen vor deren Einführung, die mit erheblichen Kosten verbunden sind. Der Oberberg-Pass wird beim Caritasverband ausgestellt. Herr Rothausen teilt mit, dass die Volksbank Oberberg das Projekt finanziell unterstützt. Derzeit werden Angebote für den Kartendruck eingeholt, nachdem das Kartenlayout festgelegt worden ist. Ein Verzeichnis von vergünstigten Angeboten für Bedürftige wird erstellt. Herr Schäfer hält die Einbindung des ÖPNV weiterhin für notwendig.“*

Herr Thome weist darauf hin, dass es keinen Sinn mache, jetzt in Gummersbach einen Sozialpass einzuführen, wenn der Oberbergische Kreis dies bereits für das Kreisgebiet plane.

Herr Hein ergänzt diese Ausführungen und beziffert die Kosten für ein kostenloses Girokonto und das Cityticket, bei denen von einer sehr umfassenden Inanspruchnahme auszugehen sein dürfte – auf alleine bereits rund 2,3 Mio. Euro.

Es folgt eine Diskussion über die vorgeschlagenen Vergünstigungen, in dessen Verlauf die Sitzung durch den Vorsitzenden für eine Frage aus dem Raum der anwesenden Gäste von 17.53 – 17.57 Uhr unterbrochen wird.

Am Ende der Diskussion stellt die Stv. Cordes fest, dass die Liste der denkbaren und möglichen Vergünstigungen an den Oberbergischen Kreis weitergeleitet werden soll zur Einbindung in das Oberberg-Ticket, alles andere ist derzeit wirtschaftlich nicht leistbar.

Der Sozialausschuss beschließt, den Antrag der Stadtratsfraktion "Die Linke" auf Einführung eines Sozialpasses in Gummersbach abzulehnen.

Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, Möglichkeiten zu überprüfen, Vergünstigungen für diesen Personenkreis ohne erhebliche Auswirkungen auf den städtischen Haushalt zusammenzustellen und dem Oberbergischen Kreis zur Ergänzung des Oberberg-Tickets vorzulegen.

Auszug:

#### **TOP 4**

##### **Sachstandsbericht zum Integrationskonzept (ohne Vorlage)**

Herr Hein informiert den Ausschuss darüber, dass die beantragte Stelle einer zusätzlichen Integrationskraft seitens der Stadt Gummersbach eingestellt wurde und nun noch von der Kommunalaufsicht genehmigt werden muss. Bisher ist sie von dort allerdings noch nicht freigegeben. Zwischenzeitlich wurde auch ein Antrag auf Fördermittel als Anschubfinanzierung gestellt. Diese Fördermittel sind zunächst allerdings nur bis zum 31.01.2011 befristet. Ob und in welcher Höhe eine neue Landesregierung sich in diesem Bereich wieder mit Fördermitteln engagieren wird, ist derzeit lt. Herrn Hein nicht absehbar.

Die vorstehenden Ausführungen wurden einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen.

Auszug:

#### **TOP 5**

##### **Mitteilungen**

Auszug:

#### **TOP 5.1**

##### **Sachstand zum „Optieren“ im Bereich der Arge-Leistungen**

Frau Stv. Müller erkundigt sich nach dem Stand der Verhandlungen. Herr Thome berichtet, dass es noch keine Festlegung seitens der Stadt Gummersbach gibt. Allerdings bestehen erhebliche Bedenken, da im Hinblick auf die Finanzierung erhebliche Risiken zu tragen sind, sollte man sich seitens des Kreises dazu entschließen, die Aufgaben der Arge in eigener Zuständigkeit zu übernehmen. Er weist darauf hin, dass es am 01.07.2010 ein Treffen der HVB mit den Vertretern der Arge Oberberg geben wird, in dem eine einheitliche Meinung aller OBK-Kommunen erreicht werden soll. Prinzipiell entscheidet aber letztlich der Kreistag mit 2/3-Mehrheit darüber, die angehörigen Gemeinden können lediglich formal Stellung beziehen zu der weiteren Vorgehensweise.

Auszug:

Dr. Ulrich von Trotha  
Vorsitzender

Peter Thome  
Beigeordneter

Maik Adomeit  
Schriftführer

---